

«Soll sich die Kirche mit Politik beschäftigen?»

Als Theologiestudent war es für mich selbstverständlich, mich mit Politik zu befassen. Zur Theologie gehört Ethik, das methodisch-kritische Nachdenken über das menschliche Handeln und Verhalten als Einzelner und in der Gesellschaft. Überall wo Menschen ihr Zusammenleben gestalten, geht es um ethische Fragen. Etwa dort, wo politische Entscheide die Grenzen des Lebens berühren (z.B. Gentechnologie, Schwangerschaftsabbruch) oder wo politische Entscheide Auswirkungen auf die gerechte Verteilung der Güter in dieser Welt haben (z.B. Entwicklungspolitik.) Auch der Umgang mit dem Geld eines Gemeinwesens ist etwas, womit sich die christliche Ethik immer wieder beschäftigt hat. Ethik hat mit Politik zu tun.

In einer Demokratie liegt die Verantwortung zur Gestaltung des Gemeinwesens bei den Parteien. Wer mitgestalten will, muss sich einer Partei anschliessen. Weil es mir als Student nicht genügte, über Politik und Ethik bloss nachzudenken und schöne Worte zu verlieren, schloss ich mich einer Partei an. Trotz bürgerlicher Herkunft kam dabei nur die Sozialdemokratische Partei in Frage. Ihr Grundbekenntnis, politische Entscheidungen am Wohl der kleinen Leute und der Benachteiligten auszurichten, entsprach meinem christlichen Ethos. So nahm denn auch niemand Anstoss daran, als ich als Theologiestudent und Sozialdemokrat im Gemeinderat meiner damaligen Wohngemeinde politisierte. Die jeweiligen Wahlergebnisse zeigten mir, dass man das sogar schätzte.

Anders wäre es wohl gewesen, wenn ich später als Pfarrer in einer ländlichen Gemeinde der Bernischen Landeskirche das Gemeinwesen parteipolitisch mitgestaltet hätte. Das wäre nicht verstanden worden.



Auch «filmisch» war und ist «Kirche und Politik» ein Thema (aus Don Camillo und Peppone)

Die Berner Kirche ist eine Volkskirche und umfasst als demokratische Institution Menschen mit den unterschiedlichsten politischen Gesinnungen. Da die Kirche in der Öffentlichkeit vor allem über Menschen der Kirche wahrgenommen wird, über Pfarrer, Kirchgemeinderäte und kirchliche Mitarbeiter, sollten sich diese mit einem parteipolitischen Engagement zurückhalten. Sie haben als Kirchenleute nicht ein politisches Credo abzulegen, vielmehr dem zu folgen, was in einer der Grundlagen der Berner Kirche so umschrieben wird: «Die heilige christliche Kirche, deren einziges Haupt Christus ist, ist aus dem Wort Gottes geboren, darin bleibt sie und hört nicht auf die Stimme eines Fremden.» (Erste Berner Reformationsthesen).

Zwar werden auch die theologischen Aussagen dieser These verschieden interpretiert und es wurden und werden unterschiedliche ethische und politische Schlüsse aus ihr gezogen.

Die Aufgabe der Volkskirche aber ist es nicht, einen Schluss als den richtigen darzustellen. Vielmehr haben ihre Vertreter die Chance, das politische Geschehen sensibel zu verfolgen und zu versuchen, bei der Lösung einer politischen Frage verschiedene Gesichtspunkte aus der Sicht christlicher Ethik einzubringen. So kann die Kirche der Politik hilfreich zur Seite stehen und mithelfen, dass der politische Diskurs von informierten Christen und Bürgern fair und anständig geführt wird. *Pfarrer Simon Kuert*

Thema: «Kirche und Politik»

Wir stehen vor einigen Abstimmungen, zu denen die Kirchen sich vehement zu Worte melden. PROFIL fasst deshalb ein heisses Eisen an: «Kirche und Politik»!

Kann und darf die Kirche überhaupt Politik machen? Wenn sie es nicht tut, ist dann nicht auch ihr Schweigen ein Stück Politik, ein Stück Zustimmung zum Bestehenden?

Wir fragen nach in unserer Kirchgemeinde: Beim Ratspräsidenten, den Pfarrerinnen und

Pfarrern. Wir fragen aber auch nach in unserer Stadt: Die Präsidenten der politischen Ortsparteien machen sich Gedanken zum Thema.

Dazu auch einige prinzipielle Überlegungen zu dem, was «Kirche» ist – ausgelöst durch einige Bemerkungen von Bundesrat Christoph Blocher, seines Zeichens Pfarrersohn: «Gebt dem Blocher, was des Blochers ist».

Seite 3, 4 und 5

Rubriken

Einladung Kirchgemeindeversammlung	2
Akzente	3
Zum Thema: «Kirche und Politik»	4 / 5
Aus dem Rat	6
Gruppen und Kreise	7
Agenda	8

«Kirche»

«Kirchen-»

PROFIL hat allen Präsidenten der politischen Parteien in Langenthal zwei Fragen geschickt: «Sollen die Kirchen Politik machen?» / «Sollen die Kirchen Abstimmungsparolen herausgeben?»

Es haben nicht alle geantwortet. Die Frist war wohl zu kurz und zudem waren Ferien. Man hatte auch kaum Zeit, sich mit der Parteispitze abzusprechen. So sind jetzt einige sehr persönliche Stellungnahmen entstanden. Die Antworten zeigen – nicht überraschend – dass es keine einhellige Meinung gibt. Die einen sind für ein politisches Engagement der Kirchen, die andern nicht. Das spiegelt sich auch in den kirchlichen Stellungnahmen zu diesen zwei Fragen. Wobei auffällt, dass das «kirchliche Personal» eher zurückhaltend ist.

Glauben respektieren

«Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht, allen Dingen und jedermann untertan.»

Als Pfarrer habe ich nicht zu politisieren. Ich bin weder zum Richter noch zum Propheten berufen. Und Demagoge habe ich auch nicht zu sein. Die politische Meinung und den Glauben der Leute habe ich zu respektieren, solange ich Steuergelder von allen für meinen Lohn nehme.

«Ein Christenmensch ist ein freier Herr aller Dinge und niemand untertan.»

Als Werner Sommer darf ich durchaus meine politische Meinung vertreten, denn auch als Christ bin ich Glied eines demokratischen Staates. (Die obigen Zitate stammen aus Martin Luthers Schrift «Von der Freiheit eines Christenmenschen», 1520) Pfarrer W. Sommer

Ansporn

Natürlich kennen wir Jesus' Worte: «Mein Reich ist nicht von dieser Welt». Ob dies aber für uns Christen auch so vorbehaltlos gilt?

Wollen wir unseren Glauben nicht nur am Sonntagmorgen leben, sondern die ganze Woche durch, so gestalten wir doch automatisch auch «das Reich dieser Welt» mit unserem Denken, Fühlen, Handeln und Glauben mit. Warum sollten wir unseren Alltag, unsere Familien, unsere Arbeit, unsere Politik auch fern halten von unseren innersten Überzeugungen?

Das politische Engagement der Landeskirche ist ein Ansporn dafür, den eigenen Glauben in den gesellschaftlichen Alltag einzubringen. Dazu braucht man nicht die Parolen der Landeskirche zu übernehmen – selber denken ist erlaubt. PfarrerIn Sabine Müller Jahn

Prägt die Kultur

Die Landeskirchen sollen sich politisch engagieren. Wer sich politisch nicht zu Wort meldet, wird als überflüssig empfunden und mit der Zeit abgeschafft. Dies würde einerseits die vom Kanton besoldeten Pfarrstellen betreffen und andererseits müsste die Kirche ihr «Einkommen» selbst erarbeiten (anstelle der Steuern). Überall, wo dies bisher geschehen ist, hat die Kirche «den Kürzeren gezogen».

Die Landeskirchen sollen Abstimmungsempfehlungen abgeben. Die Kirche prägt unsere Kultur seit Jahrhunderten mit und soll dies weiterhin tun. Unsere Gesetze und unsere Exekutive sind auf christlichen Grundsätzen aufgebaut und daher muss die Kirche sich auch in der Legislative zu Wort melden. Mit einer politischen Stellungnahme hilft sie mit, Extremismus und Willkür zu meiden. Stephan Marti, Ratspräsident

Warum nicht?

Warum soll sich die Landeskirche nicht politisch engagieren? Der deutsche Kaiser Wilhelm II. hat einmal gesagt: «Die Herren Pastoren sollen sich um die Seelen ihrer Gemeinde kümmern, die Nächstenliebe pflegen, aber die Politik aus dem Spiel lassen, weil sie das gar nichts angeht.»

Für den, der wie Kaiser Wilhelm denkt, ist es klar: Die Landeskirche soll sich aus der Politik raushalten. Im Satz von Kaiser Wilhelm II. steckt aber ein Denkfehler. Gerade Nächstenliebe und Politik sind nämlich nicht zu trennen! Das Wort Politik kommt vom griechischen Wort Polis = Staat, Gemeinwesen. Die Römer brauchten dafür das uns ebenfalls bekannte Wort res publica, aus dem unser Wort Republik entstanden ist und das soviel heisst wie: Die öffentliche Sache, das, was alle angeht! In beiden Worten kommt also zum Ausdruck, dass die Politik nichts anderes ist als die Sorge um das Gemeinwohl, und das geht alle an. Der Kirche geht es auch um das, was alle angeht. Es geht also nicht um die Frage, ob sich die Landeskirche politisch engagieren soll, sondern «WIE» sie das tun soll? Und um dieses «WIE» muss immer wieder neu gerungen werden. Pfarrer Hans Zahnd

Nicht schweigen

Die Landeskirchen sollten sich immer für die Schöpfung, für Gerechtigkeit und Frieden einsetzen, sprich, das Reich Gottes auf Erden Wirklichkeit werden lassen. Ob dies nun politisch geschieht oder auch nicht.

Es gibt Abstimmungsthemen, zu denen man – dazu gehört auch die Kirche – einfach nicht schweigen kann! Nur geht das nicht so einfach, weil es in den Landeskirchen nicht einfach nur «DIE EINE» Meinung gibt. «Ein Leib und viele Glieder» (1. Korinther!). Kirchenmitglieder sind links, rechts, rot, grün, blau(äugig), braun, schwarz – nicht nur bezüglich ihrer Hautfarbe. PfarrerIn Franziska Möri

Direkt betroffen

Einzelne Personen dürfen und sollen sich sehr wohl politisch engagieren, die Kirche an sich übe sich in Zurückhaltung und erlediige vor allem ihre «Hausaufgaben».

Abstimmungsempfehlungen der Landeskirchen sollen nur abgegeben werden, wenn die Aufgaben der Kirche direkt betroffen sind. Jakob Greuter, Ratsmitglied

Bekenntnis der Kirche

Natürlich sollen sich die Landeskirchen politisch engagieren. Zur Politik gehört nicht nur Macht, sondern auch das Bestreben nach Wertverwirklichung wie Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden.

Das Abgeben von Abstimmungsempfehlungen der Landeskirchen widerspricht dem Bekenntnis der Kirche, den Menschen in seiner Freiheit und Mündigkeit zu fördern und zu unterstützen. Anita Salm, Ratsmitglied

Neutraler Boden

Wenn ich in unsere Kirche eintrete, betrete ich neutralen Boden. Ich schätze dies. Niemand stört es, wenn ein Linker neben einem Rechten sitzt. Gott macht – so denke ich – keinen Unterschied! Die Landeskirchen sollten sich nicht politisch engagieren. Zu weltlichen Themen sollen die Landeskirchen keine Abstimmungsempfehlungen abgeben. Die Kirche darf ihre Unabhängigkeit nicht durch unnötige Parteinahme zerstören. Ausserhalb unserer Kirche hat es genügend «Raum» zur politischen Meinungsbildung. Hans Peter Burkhardt, Ratsmitglied

«Politik»

«Politik»

FDP Langenthal

Persönliche Stellungnahme zum Thema «Kirche und Politik»

Einem politischen Engagement der Landeskirchen stehe ich ebenso ablehnend gegenüber wie der Abgabe von Abstimmungsparolen durch die Landeskirchen.

Die Trennung von Kirche und Staat ist ein Wesensmerkmal einer fortgeschrittenen Demokratie. Die Schweiz ist seit ihrer Gründung mit der Säkularität gut gefahren. Sowohl Kirche als auch Staat haben ihre eigenen spezifischen Aufgaben und Kompetenzen über die sie frei bestimmen.

Selbstverständlich gibt es Wechselwirkungen zwischen Kirche und Staat. Auf einige, nicht unwesentliche sei hier verwiesen. Der Staat stellt Ausbildungsstätten zur Verfügung, leistet einen Beitrag zur kirchlichen Infrastruktur und zu den Besoldungen der kirchlichen Würdenträger. Ein wesentlicher Teil der Einnahmen der Kirche wird über den Staat beschafft. Natürliche und juristische Personen zahlen die Kirchensteuer.

Zwar können natürliche Personen den Austritt aus der Kirche erklären und sich so vom Steuerkorsett befreien, nicht aber die juristischen Personen.

SVP Langenthal

Die Kirche hat in erster Linie ihren Auftrag, den der Seelsorge und alle anderen kirchlichen Angelegenheiten wahrzunehmen. In all diesen Tätigkeiten steckt auch ein Körnchen Politik. Aber gegenüber anderen Staaten sind in der Schweiz und im Kanton Bern Kirche und Staat getrennt und das hat sich bewährt.

Die Kirche sollte eine politisch, nicht aber eine konfessionell neutrale Gemeinschaft sein – das Gegenteil ist zu weilen der Fall. Die Landeskirchen sollten Raum bieten, wo sich die Menschen unabhängig von Herkunft, Stand und politischer Weltanschauung treffen können.

Die politische Meinungsbildung geschieht in unserem Land durch die Parteien und Interessensverbände. Eine Vermischung von Kirche und Politik nützt weder den Menschen noch den Religionen. Die SVP macht sich für unsere Landeskirche stark, aber zu politische Kirchenvertreter machen kopfscheu! Roland Christen, Präsident SVP Langenthal

Mit dem Austritt verlieren aber die natürlichen Personen auch Leistungen der Kirche bei Tod, sozialer und gesundheitlicher Not. Regel und nicht Ausnahme ist nach wie vor, dass jede natürliche Person Mitglied einer Kirche ist und zwar unabhängig von der persönlichen politischen Gesinnung und Ausrichtung.

Es wäre verhängnisvoll, wenn sich die Landeskirchen im Namen ihrer Mitglieder politisch engagieren oder sogar Abstimmungsparolen herausgeben würden. Fragen der Legitimität wären ungelöst und Interessenskonflikte vorprogrammiert.

Die Landeskirchen müssten sich selbst kritische Fragen gefallen lassen (Verbot von Frauen als Priesterinnen, Autorität contra Demokratie etc.). Die Frage, welches Organ innerhalb der Kirche die Abstimmungsparolen fassen würde, wäre auch nicht ohne weiteres lösbar. Selbstverständlich haben Angehörige der Kirche als Bürger das Recht auf freie Meinungsäußerung. Diese können und sollen sie kundtun.

Die Kirche politisch, als Institution, in die Politik einzubringen, wäre aber verfehlt.

Ruedi Lanz, Präsident FDP Langenthal

SP Langenthal

«Politik ist die Lehre der Gesellschaft und glaubensunabhängig.»

Kirche und Politik sollen strikt getrennt werden. Nach erkämpfter Trennung von Kirche und Staat soll jetzt nicht wieder ein Rückschritt erfolgen. Sie soll sich nicht in die Politik einmischen, so wie sich der Staat auch nicht in kirchliche Angelegenheiten einmischen soll.

«Theologie ist die Lehre von Gott und politisch neutral.»

Der Landeskirche gehören Menschen mit verschiedener politischer Gesinnung an. Beginnt die Kirche, politische Parolen zu fassen, wird sie nie allen Mitgliedern gerecht werden. Sie würde damit höchstens vermehrte Kirchaustritte provozieren. Die Kirche soll ihre Themen pflegen und sich auf ihre Aufgaben besinnen.

Meinung von sozialdemokratischen Politikerinnen und Politiker aus Langenthal

EVP Langenthal

Die Landeskirchen sollten sich unbedingt politisch engagieren! Sowohl in der Politik wie auch in den Kirchen steht der Mensch mit seinen Errungenschaften und Problemen im Zentrum.

Politik und Kirchen können deshalb voneinander lernen und einander unterstützen. So sind Kirchen z.B. in der Lage, konstruktive Beiträge zu wert-orientierten Themen wie Familien- oder Asylpolitik zu leisten. Kirchen dürfen sich nicht losgelöst von der gesellschaftlichen Realität lediglich mit sich selber beschäftigen.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich Kirchen – trotz ihrer internen Meinungsvielfalt – zu Abstimmungsempfehlungen durchringen könnten. Diese stellen Orientierungshilfen bei der persönlichen Meinungsbildung dar.

Sie zeigen die Vielfalt der Meinungen und lassen uns trotzdem die Freiheit, nach eigenem Wissen und Gewissen abzustimmen. Abstimmungsempfehlungen würden auch signalisieren, dass den Kirchen die Mitgestaltung der Gesellschaft ein Anliegen ist.

Daniel Steiner, Präsident EVP Langenthal

Jungliberale Langenthal

Sollen sich die Landeskirchen politisch engagieren?

Sollen die Landeskirchen Abstimmungsempfehlungen abgeben?

Die beiden Fragen sind eng miteinander verbunden. Wird die erste Frage von den Landeskirchen positiv beantwortet, wäre es nur logisch, dass auch Parolen gefasst und publik gemacht würden. Allerdings ist es wahrscheinlich, dass sich Angehörige der Landeskirchen durch deren politisches Engagement leicht brüskiert fühlen könnten.

In der Kirche sind Mitglieder aus allen Parteien vertreten und es besteht offensichtlich die Gefahr, dass durch politische Auseinandersetzungen das verbindende Element des gemeinsamen Glaubens in den Hintergrund gedrängt würde. Vor allem sind wir der Ansicht, dass es im Gegensatz zu einer oft gehörten Meinung in der Politik kaum Fragen geben dürfte, die von überzeugten Christen nur so und nicht anders beurteilt werden können. Aus Sicht einer politischen Partei wäre es deshalb für die Landeskirchen zumindest heikel, sich in einem Abstimmungskampf zu engagieren.

Jungliberale Langenthal und Umgebung (jll)